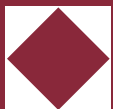


Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

20

Sebastian Feiler

Kollisionsrecht der Vertragsübernahme



Nomos

Internationales und europäisches
Privat- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Dörner, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Burkhard Hess,

Max Planck Institute Luxembourg for International,
European and Regulatory Procedural Law

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel, Universität zu Köln

Band 20

Sebastian Feiler

Kollisionsrecht der Vertragsübernahme



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2015

ISBN 978-3-8487-3802-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8142-1 (ePDF)

D38

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

und

Julia

Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag im Wintersemester 2014/2015 der Juristischen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation vor. Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt sie auf dem Aktualisierungsstand Januar 2017, vereinzelt konnten auch später erschienene Werke eingearbeitet werden. Keine ausführliche Berücksichtigung mehr finden konnte der nach Schlussredaktion veröffentlichte Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf die Drittwirkung von Forderungsübertragungen anzuwendende Recht (KOM(2018) 96 final), auf den deshalb nur der Ausblick am Ende der Arbeit kurz eingehen kann.

Ich danke meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Heinz-Peter Mansel, für die Vergabe des Themas und die stets umsichtige und geduldige Betreuung über viele Jahre, in denen ich als Mitarbeiter am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln wirken durfte. Ihm und allen Kollegen des Instituts danke ich für die Aufnahme in ein einzigartiges Forschungs- und Arbeitsumfeld, das mich nicht nur wissenschaftlich vorangebracht, sondern auch persönlich nachhaltig bereichert hat. Herrn Professor Dr. Hilmar Krüger danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und für viele gewinnbringende Gespräche. Von Herzen danken möchte ich der Alexander Lüderitz Stiftung, die die Arbeit mit dem Alexander Lüderitz Preis ausgezeichnet und die Druckkosten bezuschusst hat, und der Wilhelm Westhaus Stiftung, die mir einen Forschungsaufenthalt an der Universität Berkeley (USA) ermöglichte.

Wissenschaftliche Arbeiten entstehen nie im Vakuum. Ich danke daher den vielen Menschen, die mich auf dem Weg zur Fertigstellung begleitet und gestützt haben, ganz besonders meiner Lebensgefährtin Julia Bökenbrink und meiner Mutter Margarete Feiler. Ohne die weitsichtige Begleitung meiner Eltern, die mir stets ein Vorbild waren, wäre mein Bildungsweg und diese Arbeit nicht möglich gewesen. Sie ist ganz besonders dem Andenken meines viel zu früh verstorbenen Vaters gewidmet.

Neuss, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	23
A. Untersuchungsgegenstand	23
B. Gang der Darstellung	24
C. Eingrenzung des Themas	25
1. Abschnitt: Grundlage	27
A. Vertragsübernahme im deutschen Sachrecht	27
I. Die kodifizierten Rechtsinstitute	27
1. Abtretung (Zession)	28
2. Schuldübernahme	29
II. Vertragsübernahme: Entwicklungslinien und heutige dogmatische Erfassung	34
1. Schuldverhältnis i.w.S. und Bedürfnis nach dessen Übertragbarkeit	35
2. Heutige Ansicht: eigenständiges Rechtsinstitut	38
3. Behandlung in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	42
4. Tatbestandliche Voraussetzungen des Übertragungsgeschäfts	46
a) Bestehendes Vertragsverhältnis	46
b) Übertragungsvereinbarung	47
c) Mitwirkung des Dritten bzw. verbleibenden Vertragsteils	47
5. Rechtsfolgen	51
a) Abstraktion, Trennung, Verfügung	51
b) Reichweite des verfügtten Übergangs	52
6. Übernahme eines gesetzlichen Schuldverhältnisses?	52

Inhaltsverzeichnis

B. Fallgruppen	53
I. Gesetzliche „Vertragsübernahme“: Vertragsübergang qua gesetzlicher Anordnung oder richterlicher Verfügung	54
1. Fälle der gesetzlichen „Vertragsübernahme“	54
2. Gesetzliche „Vertragsübernahme“ als Vertragsübergang	56
3. Vertragsübergang kraft richterlicher Verfügung	57
II. Vertragsübernahme im Leasing	58
III. Übernahme einer Handelsvertretung als Vertragsübernahme?	61
1. Wechsel des Handelsvertreters	61
a) Ausgleichsanspruch bei Vertragsübernahme	61
b) § 89b Abs. 3 Nr. 3 HGB als Fall der Vertragsübernahme	62
c) § 89b Abs. 3 Nr. 3 HGB als Begrenzung der Parteiautonomie?	66
d) Zwischenergebnis; Erstreckung auf andere Vertragsfiguren	69
2. Wechsel des Unternehmers	69
IV. Sukzession in Franchise- und Lizenzverträge	71
V. Übertragung von Internet-Domains	72
VI. Vertragsübernahme in der Unternehmensübernahme	75
1. Verträge als assets	76
2. Anteilsübertragung in der Personengesellschaft und Vertragsübernahme	80
3. Zwischenergebnis	83
VII. Übergang und Übernahme von Versicherungsverhältnissen	83
1. Zweitmarkt für Versicherungsverträge	84
2. Rechtliche Erfassung eines Policenverkaufs	87
3. Bestandsübertragung zwischen Versicherern	88
VIII. Vertragsübernahme und Verbraucherprivatrecht	93
IX. Zwischenergebnis	94
2. Abschnitt: Anknüpfung der kodifizierten Rechtsinstitute	96
A. Zession	96
I. Gesetzesgenese	96
II. Abkommensrecht	99
III. Anknüpfung nach Art. 14 Rom I-VO	100

IV. Drittwirkung und dingliche Aspekte	103
1. Fortbestehen der Drittwirkungsproblematik	103
2. Kollisionsrechtliche Aufspaltung der „dinglichen Wirkung“	107
3. Spaltung auch hinsichtlich der Forderungsinhaberschaft?	111
4. Zwischenergebnis	112
V. BIICL-Studie und Konsultationen des Deutschen Rates für IPR	113
1. Beschluss des Deutschen Rates für Internationales Privatrecht	113
2. Untersuchung des British Institute of International and Comparative Law	114
3. Rezeption der BIICL-Studie und Vergleich mit dem Ratsbeschluss	116
VI. Ergebnis	119
B. Schuldübernahme	119
I. EVÜ und Rom I: Keine Regelungen	120
II. Kumulative Übernahme: Schuldbeitritt	122
1. Anknüpfungsgegenstand	122
2. Exkurs: Gesetzlicher Schuldbeitritt und Erwerberhaftung nach § 25 ff. HGB und § 419 BGB a.F.	125
3. Bestandsaufnahme: Rechtswahlfreiheit und objektive Anknüpfung an den Sitz des Beitretenden	131
4. Eigene Untersuchung: Anknüpfung nach der Rom I-VO?	135
a) Selbständige oder unselbständige Anknüpfung?	136
b) Anwendbarkeit der Rom I-VO auf das Übernahmegeschäft	140
aa) Der verfahrensrechtliche Vertragsbegriff des EuGH	141
bb) Vertragsbegriff und „vertragliches Schuldverhältnis“ (Art. 1 Rom I-VO)	144
cc) Zwischenergebnis	154
c) Schuldbeitritt im Regelungsbereich des Art. 1 Abs. 2 Rom I-VO	155

Inhaltsverzeichnis

d) Statut des Schuldnerregresses	158
aa) Europäisches Regresskollisionsrecht: Art. 15 und 16 Rom I-VO	159
bb) Materiellrechtlich geleitete Abgrenzung von Art. 15 und Art. 16 nach der herrschenden Meinung	161
cc) Eigener Ansatz: Autonome Auslegung	163
5. Fazit: Europäisches Kollisionsrecht des Schuldbeitritts	167
III. Befreiende (echte, privative, verfügende) Schuldübernahme	167
1. Anknüpfungsgegenstand	167
2. Trennungsprinzip	169
3. Verpflichtungsgeschäft	171
4. Erfüllungs- bzw. Verfügungsgeschäft	174
a) Schuldneubegründung und schuldvertragliche Neuverbindung	176
b) Schuldfreigabe als Verfügung im engeren Sinne	177
c) Auswirkungen des internationalen Abtretungsrechts der Rom I-VO?	179
5. Statutenwechsel der übernommenen Schuld?	180
6. Zwischenergebnis	183
3. Abschnitt: Das Statut der Vertragsübernahme	185
A. Ausgangspunkt	186
B. Verpflichtendes und verfügendes Geschäft: Einheitliche Anknüpfung oder Trennung?	187
I. Anknüpfungsgegenstand	188
II. Die Existenz der verpflichtenden und verfügenden Ebene	190
III. Vorherrschen der Trennungslehre im Schrifttum zur Vertragsübernahme	191
1. Einheitliche Anknüpfung im internationalen Urheberrecht	193
2. Rom I: Neubewertung der Trennungsprinzips im Zessionsrecht?	196
IV. Zwischenergebnis	198
C. Anknüpfung des Verpflichtungsgeschäfts	198
I. Anwendbarkeit der Rom I-Verordnung	200

II. Vertragsübernahmeverpflichtung als Vertragsänderung?	201
III. Anknüpfung nach Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO	202
IV. Anknüpfung an die charakteristische Leistung, Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO	203
V. Anknüpfung nach Art. 4 Abs. 3 und 4 Rom I-Verordnung	205
VI. Sachnormverweisung	207
VII. Ergebnis	207
D. Anknüpfung des Übertragungsgeschäfts	208
I. Aufbereitung des Meinungsstands	208
1. Rechtsprechung und Gutachtenpraxis	209
a) Reichsgericht	209
b) Bundesgerichtshof	210
c) Oberlandes- und Landgerichte	211
d) IP-Gutachten 1970	214
e) Asset deal vor LG Hamburg, OLG Hamburg, BGH	214
f) Zwischenergebnis	217
2. Meinungsstand in der Literatur	217
a) Grundlegung durch Konrad Zweigert	217
b) Rezeption im deutschen Schrifttum	220
c) Zusammenfassende Auswertung	223
3. Ergebnis	224
II. Anwendbarkeit europäischen Kollisionsrechts	225
1. Der Anwendungsbereich der Rom I-VO als Untersuchungsgegenstand	225
2. Auslegungsgrundsätze	228
a) Auslegung europäischer Rechtsakte	228
b) Schlussfolgerungen für den Untersuchungsgegenstand	232
3. Anwendbarkeit bei Trennung in verschiedene Anknüpfungsmomente	233
a) Abtretungsteil: Art. 14 Rom I-VO	233
b) Sonderfall der Überleitung in Einzelakten	235
c) Schuldübernahmeteil	236
d) Zwischenergebnis	236
4. Anwendbarkeit bei einheitlicher Anknüpfung	237
a) Erste Literaturstimmen zu Rom I	237
b) Eigene Analyse	241
aa) Auslegungsfrage	241

Inhaltsverzeichnis

bb) Wortlaut	243
cc) Gesetzgebungsgeschichte	243
dd) Systematik	244
(i) Inneres System: Rom I	245
(1) Art. 10 und Art. 12	245
(2) Art. 14 (und 15)	246
(3) Auslegungsmöglichkeiten zu Art. 14	246
(4) Art. 14 Abs. 1 Rom I-VO als selbstständige Kollisionsnorm	249
(5) Art. 14 und der Anwendungsbereich der Verordnung	251
(6) Zwischenergebnis	254
(ii) Äußeres System: Rom II und EuGVVO	254
ee) Zwischenergebnis	256
III. Ergebnis	257
IV. Anknüpfung der Frage nach der Kausalität der Vertragsübernahme	257
V. Nationales Kollisionsrecht und Lückenfüllung	257
1. Der Anknüpfungsgegenstand: Einheitliche Anknüpfung des Vertragsübernahmengeschäfts	259
2. Keine positiv normierte Kollisionsregel	260
a) Außerkraftsetzung der Art. 27 ff. EGBGB	261
b) Kein Rückgriff auf das EVÜ	261
aa) Grundatz	261
bb) Ausnahme: intertemporaler Sachverhalt	263
cc) Rückgriff nicht gewinnbringend	264
c) Kein Aufleben des alten Rechtszustands und keine Auffangnorm	265
d) Keine Qualifikation als Schuldübernahme	266
3. Keine ungeschriebene Kollisionsregel	267
4. Zwischenergebnis	269
5. Ausfüllung der Regelungslücke	269
a) Objektive Anknüpfung: Eigenes Anknüpfungsmodell	270
aa) Methodik der Kollisionsrechtlichen Normbildung	270
(i) Internationalprivatrechtliche Interessen und Wertungen als Determinanten der Normbildung	270

(ii)	Verordnungsbezug und Entscheidungseinklang	272
(iii)	Zwischenergebnis	273
bb)	Anknüpfungspunkte	274
(i)	Umweltrecht der Vertragsparteien	274
(ii)	Sitz der charakteristisch leistenden Partei	275
(iii)	Statut der Übernahmeverpflichtung	276
(iv)	Anknüpfung an ein einzelnes Schuldverhältnis i.e.S.	277
(v)	Statut des übernommenen Vertrages	277
(1)	Statut des Grundvertrages	277
(2)	Korrektur aus Gründen des Verkehrsschutzes?	278
(3)	Zwischenergebnis	281
cc)	Weitere Überlegungen	281
(i)	Maßgeblicher Zeitpunkt	281
(ii)	Sachnorm- oder Gesamtverweisung?	282
(iii)	Ausweichklausel und engere Verbindung	284
dd)	Ergebnis	285
b)	Subjektive Anknüpfung des Übertragungsgeschäfts?	285
aa)	Bestehen einer Regelungslücke auch zur Frage der Parteiautonomie	286
bb)	Geltung eines allgemeinen Grundsatzes der Parteiautonomie	287
cc)	Reichweite der Rechtswahlfreiheit – unmittelbar und mittelbar betroffene Verkehrskreise	290
dd)	Verkehrsschutz – Vergleichende Umschau	293
ee)	Folgerungen für die Interessenanalyse der zu bildenden Kollisionsnorm	295
ff)	Interessenabwägung und Feststellung von Verkehrsschutzbelangen	295
gg)	Ausnahmefall des genuin vertragsbezogenen Sicherungsinteresses, insbesondere im Fall der Mehrfachübertragung	300
hh)	Ergebnis	301

Inhaltsverzeichnis

4. Abschnitt: Exkurs: Auswirkungen auf das übernommene Vertragsverhältnis	303
A. Statutenwechsel durch nachträgliche Rechtswahl	304
B. Wechsel des objektiv bestimmten Vertragsstatuts?	305
I. Grundsätzliche Unwandelbarkeit nach Rom I für den gewöhnlichen Aufenthalt	306
II. Durchbrechung der Regel für Vertragsübernahmen in Fällen des Art. 4 i.V.m. Art. 19 Rom I-VO?	309
III. Statutenwechsel in weiteren Fällen?	315
1. Immobiliarbelegenheit, Art. 4 Abs. 1 lit c, und Versteigerungsort, Art. 4 Abs. 1 lit. g Rom I-VO	315
2. Multilaterale Finanzsysteme, Art. 4 Abs. 1 lit h Rom I-VO	316
3. Gewöhnlicher Arbeitsort, Art. 8 Abs. 2 Rom I-VO	317
4. Statut der einstellenden Niederlassung, Art. 8 Abs. 3 Rom I-VO	318
5. Beförderungsverträge, Art. 5 Abs. 1 Rom I-VO	319
IV. Zwischenergebnis: Statutenwechsel des objektiven Vertragsstatuts	320
C. Statutenwechsel durch Wegfall der Rechtswahl im übernommenen Grundvertrag	321
D. Ergebnis	323
Ergebnis und Zusammenfassung	325
Ausblick: Vertragsübernahme im Europäischen Kollisionsrecht der Verfügungsgeschäfte	330
Literaturverzeichnis	333

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Auffassung / andere(r) Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abl.EG / Abl.EU	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften / Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte (Abzahlungsgesetz)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome (erworbenes Immundefektsyndrom)
Art.	Artikel
AnnFacDrIst	Annales de la Faculté de Droit d'Istanbul
AnwBL	Anwaltsblatt
AVBFernwärmeV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme
AVBWasserV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BIICL	British Institute of International and Comparative Law
BKleinG	Bundeskleingartengesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVA	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft of a Common Frame of Reference

Abkürzungsverzeichnis

DENIC	Deutsches Network Information Center e.G.
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DNS	Domain Name System
DStR	Deutsches Steuerrecht
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einigungsvertrag	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag)
Einl	Einleitung
ErbbaurechtsVO	Verordnung über das Erbbaurecht
et al.	et alii (aliae, alia) – und andere
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, ABl. EG Nr. L 160 vom 30.06.2000, S. 1-18.
EuLF	The European Legal Forum
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980 in der Fassung des 4. Beitrittsübereinkommens vom 14. April 2005 – Rom-Übereinkommen
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f. / ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FTD	Financial Times Deutschland
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbHR	GmbH-Rundschau. Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co
GOP	Going Public (nebst Sonderheften)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
HausratsV / HausratsVO	Verordnung über die Behandlung der Ehewohnung und des Hausrats (Hausratsverordnung)
Hrsg. / hrsgg. v.	Herausgeber / herausgegeben von
HGB	Handelsgesetzbuch

h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
ICLQ	The international & comparative law quarterly
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Einzelnen / im Ergebnis
i.e.S.	im engen Sinne / im engeren Sinne
IHR	Internationales Handelsrecht
i.R.d.	im Rahmen des / der
i.S.d./i.S.v.	im Sinne des / im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiten Sinne / im weiteren Sinne
i.Zw.	im Zweifel / im Zweifelsfall
IP	Internet Protocol
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IPR / IPRG	Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (IPR-Gesetz, Österreich)
JA	Juristische Arbeitsblätter
JherJb	Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Rechts (Jherings Jahrbücher) <i>bzw.</i> Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts (Folge 2, 1. [=37. d. Gesamtreihe] 1897 - 54.[=90 d. Ges.] 1942/43)
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KFZ	Kraftfahrzeug
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung. Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
LM	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung / Nachschlagewerk
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Comparative Law Quarterly
L.Q.Rev.	The Law Quarterly Review
M&A	Mergers & Acquisitions
MB/KK	Musterbedingungen für die Krankheitskosten- und Krankenhaustagegeldversicherung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million / Millionen
Mrd.	Milliarde / Milliarden
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

Abkürzungsverzeichnis

NAV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung)
NDAV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck (Niederdruckanschlussverordnung)
n.F.	neue Fassung
NIC	Network Information Center
NJW(-RR)	Neue Juristische Wochenschrift (Rechtsprechungs-Report)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	Principles of International Commercial Contracts
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RG	Reichsgericht
RG (GSZ)	Reichsgericht (Großer Senat für Zivilsachen)
RGRK	Kommentar, hrsgg. von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes („Reichsgerichtsrätekommentar“)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiLi	Richtlinie / Richtlinien
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
S.	Seite / Seiten
s. / s.a.	siehe / siehe auch
sc. / scil.	das heißt/bedeutet (scilicet)
SMG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (Schuldrechtsmodernisierungsgesetz)
sog.	sogenannte / sogenanntes / sogenannter
UmwG	Umwandlungsgesetz
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
Urt.	Urteil
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz)

Abkürzungsverzeichnis

VersR	Versicherungsrecht. Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft